

The logo for the Bavarian Business Association (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, centered within a solid blue square. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Sommerempfang der vbw Bezirksgruppe Niederbayern

Donnerstag, 27.07.2017 ca. 18:10 Uhr

Burg Trausnitz

Burg Trausnitz 168, 84036 Landshut

Perspektiven der bayerischen Wirtschaft

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Hatz,
lieber Wolfram,

meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch ich begrüße Sie sehr herzlich hier auf
der Burg Trausnitz zum Sommerempfang
der „vbw Niederbayern“.

Ganz Landshut steht ja noch unter den
tollen Eindrücken der Landshuter Hochzeit,
die gerade erst zu Ende gegangen ist.

Auch hier auf der Burg fanden zahlreiche
Feierlichkeiten statt!

Als Niederbayer freue ich mich besonders
darüber, hier zu sein!

Zur Entwicklung der bayerischen Wirtschaft
und den Perspektiven gibt es viel Positives
zu berichten.

Die bayerische Wirtschaft befindet sich in
einer hervorragenden Verfassung.

Die Geschäfte laufen – in Deutschland, aber noch besser in Bayern und in Niederbayern.

Im vergangenen Jahr stieg das Bruttoinlandsprodukt im Freistaat um 2,1 Prozent und damit stärker als im Bund mit 1,9 Prozent.

Auch die die Aussichten sind positiv.

Wir erwarten für das laufende Jahr ein Wachstum

- In Bayern von 1,8 Prozent und
- in Deutschland von 1,5 Prozent.

Das hat nichts mit schwächerer Leistung zu tun, sondern einfach mit drei zusätzlichen Feiertagen.

Niederbayern hat in den letzten Jahren beim Wachstum schneller zugelegt als der Freistaat insgesamt!¹

¹ Für Niederbayern liegen nur Wachstumszahlen bis 2015 vor. Von 2005 bis 2015 ist das BIP Niederbayerns um 40,1 % gewachsen – und das des Freistaates um 38,2 %

Auf hohem Niveau ist auch die
Beschäftigung.

Im Juni hatten wir in Deutschland eine
Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent, in
Bayern gerade einmal 3,0 Prozent.

In Niederbayern schaut es noch besser aus!

Mit einer Arbeitslosenquote von nur 2,6
Prozent haben wir hier – zusammen mit der
Oberpfalz – bayernweit den niedrigsten
Wert!

Wer hätte das vor einigen Jahren gedacht!

Mit 5,4 Millionen sozialversicherungspflichtig
Beschäftigten im gesamten Freistaat wurde
im Juni ein neuer Rekord erreicht!

Zudem stehen viele offene Stellen zur
Verfügung.

Nicht hoch genug einzuschätzen sind die
Perspektiven für unsere jungen Menschen.

Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt aktuell in Bayern gerade einmal 1,9 Prozent².

Viele Lehrstellen können nicht besetzt werden.

Rein rechnerisch stehen derzeit in Bayern jedem Bewerber 1,3 Ausbildungsplätze zur Verfügung, in Niederbayern sind es sogar 1,5.

Die geringe Jugendarbeitslosigkeit ist einmalig in der Eurozone.

Generell gilt: Wir sind der Jobmotor in Europa.

Allein die Nachfrage Deutschlands sorgt für 4,8 Millionen Arbeitsplätze in den anderen EU-Staaten.

Zudem profitiert die Bevölkerung von breit verteiltem Wohlstand und einem hohen Niveau an sozialer Sicherheit.

² Für Niederbayern liegen keine Zahlen vor

Sie sehen: Den Menschen in Deutschland, Bayern und Niederbayern geht es so gut wie nie zuvor!

Das ist eine tolle Entwicklung: Innerhalb weniger Jahre vom kranken Mann zur Lokomotive Europas!

Meine Damen und Herren,

die gute Situation überrascht schon angesichts der großen politischen Unsicherheiten und Herausforderungen.

Da sind die ungelösten geopolitischen Krisen:

- Nordkorea, Katar und Iran,
- in Syrien, in Afrika,
- die schwierige Situation in der Türkei und
- der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine.

Hinzu kommen die protektionistischen Tendenzen in den USA, der Brexit sowie

ganz allgemein der Zustand der EU – alles Themen, die für unsere exportorientierte Wirtschaft eine Gefahr darstellen.

Erfreulicherweise lässt sich die Wirtschaft von all diesen Risiken bisher nicht beirren.

Sie ist in diesen unruhigen Zeiten der Stabilitätsgarant Nummer 1!

Meine Damen und Herren,

die gute wirtschaftliche Situation ist aber nicht vom Himmel gefallen – und sie ist erst recht nicht gottgegeben.

Wenn wir morgen auch noch wettbewerbsfähig und erfolgreich sein wollen, müssen wir *heute* das Richtige tun.

Vor allem dürfen wir keinesfalls den Rückwärtsgang einlegen.

Die Agenda 2010 zurückzudrehen, was in den letzten Jahren geschehen ist und was Martin Schulz noch verstärkt will, wäre fatal.

Statt rot-rot-grüner Umverteilungspolitik brauchen wir eine Politik, die dafür sorgt, dass die Wirtschaft so stark bleibt, wie sie ist.

Grundlage dafür ist die Soziale Marktwirtschaft.

Ich sage ganz deutlich:

Die schwarz-rote Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren nicht viel für die Wirtschaft getan!

Im Gegenteil:

- Sie hat die Sozialausgaben erhöht und dabei insbesondere die Rentenkasse für die Zukunft überbelastet,
- sie hat den Facharbeitermangel durch die Rente mit 63 verschärft,
- sie hat die Flexibilität am Arbeitsmarkt eingeschränkt,
- sie hat die Bürokratie nach oben getrieben und

- sie hat die Stromkosten weiter erhöht.

Allerdings: Wenn es die CSU nicht gegeben hätte, dann wäre es noch viel schlimmer gekommen.

Ministerpräsident Seehofer persönlich hat sich stark für die Wirtschaft eingesetzt und noch Schlimmeres verhindert.

Beispielweise bei der Erbschaftsteuer, bei den Werkverträgen oder beim Entgelttransparenzgesetz.

Fest steht: Mit dieser Politik in Berlin „gegen die Wirtschaft“ muss nach der Wahl endlich Schluss sein!

Die nächste Bundesregierung muss die **Wettbewerbsfähigkeit** unseres Standorts wieder in den Mittelpunkt stellen.

Was zu tun ist, haben wir in unserer Agenda 2020 dargestellt. Die Überschriften lauten:

- Infrastruktur
- Arbeit und soziale Sicherheit

- Steuern
- Bildung
- Innovationen
- Flüchtlingsintegration und
- Digitalisierung.

Hier wird der Weg beschrieben, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt.

Statt über Steuererhöhungen und noch mehr Umverteilung zu diskutieren, müssen Bürger und Betriebe entlastet werden.

Spielräume für Entlastungen sind vorhanden.

Die Steuereinnahmen eilen von Rekord zu Rekord und steigen immer weiter an.

Staatsminister Söder hat vollkommen Recht: Es geht jetzt darum, den Menschen wieder etwas zurückzugeben.

Die kalte Progression muss weg. Es muss wieder mehr Netto vom Brutto übrig bleiben.

Meine Damen und Herren,

Es kann nicht sein, dass die Tarifparteien hart um jedes Zehntel-Prozent Lohnerhöhungen feilschen und dann am Ende davon nicht der Arbeitnehmer, sondern der Staat profitiert.

Darüber hinaus sollte der Solidaritätszuschlag möglichst schnell gestrichen werden.

Ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten ist unbedingt zu vermeiden. 40 Prozent muss dauerhaft der Deckel sein.

Das gelingt aber nur, wenn wir unser Rentensystem endlich so aufstellen, dass es die Zukunft nicht belastet.

Der Rucksack, den wir unseren Kindern und Enkeln mitgeben, ist schon groß genug.

Meine Damen und Herren,

um Wettbewerb und Globalisierung erfolgreich zu gestalten, brauchen die Unternehmen Flexibilität.

Man kann die Wirtschaft 4.0 nicht mit einem Arbeitsrecht 1.0 bewältigen.

Nötig ist deshalb ein Update unseres Arbeitsrechts.

Ein erster Schritt ist die Reform der Arbeitszeit, die wir derzeit in einer großen Kampagne einfordern.

Nach wie vor gilt selbstverständlich die tariflich oder vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Aber wir brauchen eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von einer täglichen hin zu einer wöchentlichen Betrachtung.

Und zwar für alle Unternehmen – unabhängig davon, ob sie tarifgebunden sind oder nicht.

Diese zusätzlichen Flexibilität ist sowohl im Sinne der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer.

In die völlig falsche Richtung gehen dabei die Vorstellungen der IG Metall zur Arbeitszeit.

Die Gewerkschaft bringt einen individuellen Anspruch des Arbeitnehmers auf Verkürzung der Arbeitszeit auf bis zu 28-Stunden pro Woche ins Spiel – wobei der Arbeitgeber einen Entgeltausgleich finanzieren soll.

Das darf unter keinen Umständen kommen!

Diese Pläne machen Arbeit teurer und unflexibler und würden Investitionen und Jobs in Deutschland gefährden.

Meine Damen und Herren,

die Energiepolitik ist ein Desaster.

Die Kosten der Energiewende wachsen uns über den Kopf.

Bis zum Jahr 2025 verursacht die Energiewende über 500 Milliarden Euro Zusatzkosten.

Wir müssen dringend umsteuern.

Wir brauchen endlich ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept.

Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um Investitionszurückhaltung und Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Dazu gehört auch die steuerlich Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Durch sie kann ein gewaltiger Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz geleistet werden.

Wir begrüßen, dass die Kanzlerin, die uns vor zwei Wochen in München besucht hat, hier nach der Wahl einen neuen Anlauf unternehmen will.

Automobilstandort

Die Automobilindustrie sieht sich gerade mit Kartellvorwürfen konfrontiert.

Es ist jetzt die Aufgabe der Behörden zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Abstimmung zwischen den Herstellern rechtlich unzulässig war oder nicht.

Ich warne aber vor Vorverurteilungen.

Unabhängig davon dürfen wir den Verbrennungsmotor jetzt nicht einfach zu verdammen und vorschnell ad acta zu legen. Das ist der falsche Weg!

Auch Fahrverbote in den Innenstädten darf es nicht geben.

Es muss sichergestellt werden, dass man auch in Zukunft mit jedem zugelassenen Fahrzeug jedes Ziel in Bayern erreichen kann.

Wir begrüßen, dass die Bayerische Staatsregierung pauschalen Diesel-Fahrverboten eine Absage erteilt hat.

Auf die Automobilbranche entfallen allein 33 Prozent der industriellen Wertschöpfung des Freistaats.

Sie trägt maßgeblich zu unserem Wohlstand bei – insbesondere auch hier in Niederbayern!

Die Branche steht – auch unabhängig von den Kartellvorwürfen – vor riesigen Veränderungen und Herausforderungen, wie etwa

- die Umstellung der Antriebstechnik auf Elektromobilität,
- die Entwicklung hin zum autonomen Fahren,
- eine starke nationale und internationale Regulierung sowie
- die sich verändernden Nutzerpräferenzen.

Die Elektromobilität ist insbesondere auch für die Automobil-Zulieferer ein großes Thema – vor allem für jene, deren Geschäft

zu einem großen Teil vom Antriebsstrang abhängt.

Ich wünsche mir, dass wir uns bewusst werden, wie komplex die Situation der Branche ist.

Und ich wundere mich schon über die vielen externen Experten, die angeblich alle ganz genau wissen, was die Automobilindustrie im Einzelnen zu tun oder zu lassen hat.

Es gibt in dieser Umbruchphase keine einfachen Lösungen!

Fakt ist zudem: Die Automobilindustrie ist bis heute wirtschaftlich extrem erfolgreich.

Das dürfen wir nicht aufs' Spiel setzen.

Meine Damen und Herren,

unabhängig davon müssen wir in neue Wachstumsperspektiven investieren. Das heißt:

- Auf Innovationen setzen,

- neue Branchen entwickeln und
- neue Auslandsmärkte erschließen
sowie bestehende pflegen.

Weltweit freie Märkte sind uns hier ein besonderes Anliegen.

Als Organisation treiben wir die Internationalisierung intensiv weiter.

Ein Beispiel ist der Iran, der nach dem Wegfall der Sanktionen viele Chancen für die bayerische Wirtschaft bietet.

Ein weiteres Beispiel ist Russland: Die EU-Sanktionen für Russland sind der falsche Weg.

Wir brauchen Russland als starken Handelspartner und für die Lösung internationaler Krisen.

Auch in dieser Frage unterstützt uns der Ministerpräsident – dafür sind wir sehr dankbar!

Ein extrem wichtiges Thema für unser Land ist die Digitalisierung, sie verändert alles.

Der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft präzisiert, was für alle Beteiligte zu tun ist.

Vor einem Monat haben wir beim Kongress des Zukunftsrates die neueste vbw Studie mit dem Titel „Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung“ sowie dazu die entsprechenden Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats vorgelegt, die sich an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft richten.

Die Studie analysiert übergreifend die Bedeutung der Digitalisierung für unseren wirtschaftlichen Erfolg – von der Landwirtschaft über die Industrie bis hin zu den Dienstleistungen.

In der Gesamtschau aller Bereiche wird deutlich, welches die entscheidenden Trends und Veränderungsprozesse sind.

Ein Ergebnis der Studie ist, dass im vergangenen Jahr die digitale Wertschöpfung in Deutschland bereits 332 Milliarden Euro betrug.

Das entspricht zwölf Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung.

Die Studie hat untersucht, wie weit die Wirtschaft heute schon digitalisiert ist.

Etwa zehn Prozent aller Unternehmen sind noch gar nicht digitalisiert. Diese Unternehmen wurden im Rahmen der Studie nicht weiter betrachtet.

Weiter untersucht wurden nur diejenigen Betriebe, die wenigstens ein bisschen digitalisiert sind.

Diese Unternehmen wurden in Digitalisierungsgrade auf einer aufsteigenden Skala von eins bis vier eingeteilt.

Von den befragten Unternehmen sind

- circa 80 Prozent auf den Stufen eins und zwei, sie sind also computerisiert und
 - 20 Prozent auf den Stufen drei und vier – sie sind also bereits „digitalisiert“.
- (digitalisiert), allerdings haben dabei nur rund zwei Prozent die höchste Stufe (vier) bereits erreicht.

Zudem hat die Studie analysiert, wie sich die Investitionen in Digitalisierung für die Unternehmen auszahlen:

Das Ergebnis ist eindeutig: Digitalisierte Unternehmen sind erfolgreicher als nicht-digitalisierte.

Wir als Verbände leisten unseren Beitrag, indem wir das Thema „Digitalisierung“ in den Mittelstand tragen und unsere Mitglieder im M+E-Bereich durch ein ganzes Maßnahmenbündel unterstützen beim „Digitalen Enabling“ unterstützen.

Beispielsweise durch unsere sogenannten QuickChecks.

Dabei schicken wir Experten in die Unternehmen, die vor Ort den Stand der Digitalisierung ermitteln und Vorschläge für die Weiterentwicklung machen.

Es ist aber auch der Staat gefragt. Die Staatsregierung treibt die Digitalisierung Bayerns auf Basis der Empfehlungen des Zukunftsrates entschlossen voran.

Auch die Bundesregierung hat hier bereits viele Impulse gesetzt.

Trotzdem bleibt noch viel zu tun! Dringend notwendig ist

- die Fortsetzung des Breitbandausbaus und eine neue Glasfaserinitiative,
- die Behebung der Defizite im Mobilfunknetz, die
- schnelle Erprobung und Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G und

– die Digitalisierung des Bildungssystems.

Insgesamt brauchen wir mehr Forschung und Entwicklung – auch für die Digitalisierung.

Die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe ist dafür der richtige Impulsgeber – und muss endlich kommen.

Meine Damen und Herren,

wir in Bayern stehen für Integration:

Im Oktober 2015 haben

- Staatsregierung,
- Wirtschaftsorganisationen und
- Bundesagentur für Arbeit

einen gemeinsamen Kraftakt zur Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gestartet.

Von Januar 2016 bis Mai 2017 haben wir über 40.000 Flüchtlinge in

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 4.800 in eine Ausbildung gebracht.

Zudem absolvieren aktuell 22.000 Flüchtlinge Praktika.

Insgesamt werden Ende dieses Jahres 60.000 Flüchtlinge ein Praktikum in bayerischen Unternehmen absolviert haben.

Die vbw hat an eigenen Mitteln für Projekte zur Flüchtlingsintegration 6,7 Millionen Euro in die Hand genommen.

Der Erfolg zeigt: Das war eine gute Investition!

Wir in Bayern sind hier auf gutem Weg!

Trotzdem wird uns das Flüchtlingsthema noch lange beschäftigen.

Zum Schluss zurück nach Niederbayern.

Ich hatte es zu Beginn erwähnt:

Niederbayern steht gut da!

Auch die Verkehrsinfrastruktur in der Region ist im Großen und Ganzen leistungsfähig.

Allerdings hakt es an einigen empfindlichen Stellen.

Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir die folgenden Projekte schnell verwirklichen:

Die B15 neu muss endlich kommen.

Besonders dringlich sind zudem

- die Fertigstellung der A94 zwischen München und Passau und
- der vollständige sechsspurige Ausbau der A3 zwischen Passau und Regensburg.

Was die Donau angeht, so begrüßen wir, dass der Fluss jetzt ausgebaut wird.

Wir müssen aber noch mehr tun.

Mittelfristig brauchen wir einen schiffahrtsgerechten Standard mit ganzjähriger Befahrbarkeit.

Darüber hinaus ist es höchste Zeit, dass der Wirtschaftsraum Passau endlich über eine schnelle Schienenverbindung direkt an den Flughafen München angebunden wird.

Und dort muss die dritte Startbahn jetzt endlich kommen!

Meine Damen und Herren,

so viel vorab von meiner Seite!

Ich freue mich jetzt auf den Vortrag von Herrn Gregor Schiffer. Er ist Partner der FutureManagement Group AG.

Der Name des Unternehmens ist Programm.

Herr Schiffer wird uns jetzt Einblicke geben, wie die rasante technologische Entwicklung unsere Lebens- und Arbeitswelt verändern wird.

Vielen Dank!